

Entlastung für 500 Millionen Europäer

Warum die Kommission in Brüssel für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist

Von Janusz Lewandowski

Wer kennt sie nicht, die Argumente gegen eine Finanztransaktionssteuer: „Das funktioniert doch nicht. Das wäre das Ende des Finanzsektors. Das hat die Europäische Kommission nur ausgeheckt, um sich eigene Einnahmen zu verschaffen. Dass sich Brüssel in unsere Steuerhoheit einmischte, kommt nicht in Frage!“ Kritisiert wurde ebenso der Vorschlag der Europäischen Kommission, die Einnahmen aus einer solchen Finanztransaktionssteuer mit den Beiträgen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt zu verrechnen. Die schärfste Kritik kommt aus den Reihen der Betroffenen, was nicht weiter verwunderlich ist, denn wer zahlt schon gerne Steuern?

Aus der Sicht der Schlachtgänse war Sankt Martin noch nie ein frommer Mann.

Ich bin dennoch überzeugt, dass es möglich und an der Zeit ist, diesen Vorschlag ernsthaft zu diskutieren: Wer stichhaltige Argumente gegen die Finanztransaktionssteuer (FTS) vorzubringen hat, soll Gelegenheit haben, diese zu äußern. Aber bevor endgültig über sie entschieden wird, sollten auch diejenigen gehört werden, die etwas zu den Vorteilen einer solchen Steuer als neue Eigenmit-

telquelle für den EU-Haushalt zu sagen haben.

Fragen wir also: Wozu brauchen wir überhaupt eine solche Finanztransaktionssteuer? Und wie würde sie sich in Europa auswirken? Zum einen ist doch bemerkenswert, dass der europäische Finanzsektor nicht der Mehrwertsteuer unterliegt. Das mutet doch höchst seltsam an, wenn man bedenkt, dass sonst alles, was man kauft, mit Mehrwertsteuer belegt ist – sei es nun ein Fernseher, ein Stück Käse, ein Auto oder ein Paar Kinderschuhe. Aber der An- und Verkauf von Aktien auf dem Sekundärmarkt oder von hochkomplexen Finanzprodukten dagegen ist mehrwertsteuerfrei. Ist das etwa gerecht?

Zum anderen ist eine solche Steuer für Europas Regierungen, die derzeit fieberhaft nach neuen Einnahmequellen suchen, nach meinem Dafürhalten eine sehr interessante Lösung: Die Besteuerung von Finanztransaktionen wird sich weniger negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirken als die Besteuerung von Arbeit.

Der von meinem für Steuern zuständigen Kommissionskollegen Algirdas Semeta vorgelegte Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer fußt auf guten und schlechten Erfahrungen anderer. In einem Dutzend Mitgliedstaaten werden Finanztransaktionen bereits besteuert, die Einnahmen daraus sind allerdings minimal. Um mit einer solchen Steuer mehr Mittel abschöpfen zu können, muss sie für ganz Europa gelten, nicht nur für einzelne Länder. Wir sind der Überzeugung, dass eine möglichst breite Bemessungsgrundlage in Verbindung mit einem sehr niedrigen Steuersatz (für manche Transaktionen 0,01 Prozent) und dem Ansässigkeitsprinzip (es gilt der steuerliche Wohnsitz des Wirtschaftsteilnehmers und nicht der Sitz der Handelsplattform) am besten geeignet ist, negative Folgen zu vermeiden. So lassen sich wesentlich höhere Einnahmen erzielen. Wir haben bewusst die laufenden Finanztätigkeiten der Bürger und Unternehmen ausgenommen, sodass diese und die Realwirtschaft nicht betroffen sind.

Und wie würde sich eine FTS auf den EU-Haushalt, auf die Beiträge der Mitgliedstaaten und den Steuerzahler auswirken? Eines der Hauptanliegen unseres Vorschlags für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 ist, die Mitgliedstaaten künftig weniger für den EU-Haushalt zur Kasse zu bitten. Und wenn ich sage weniger, meine ich bedeutend weniger! Lassen Sie mich vorrechnen,

um wie viel die Zahlungen der Mitgliedstaaten 2020 zurückgehen würden: Deutschland hätte 10,7 Milliarden Euro weniger zu zahlen, Frankreich 8,7 Milliarden, Italien 6,4 Milliarden, Spanien 4,7 Milliarden, die Niederlande 2,6 Milliarden und Dänemark 1,0 Milliarden.

Derzeit finanziert sich der EU-Haus-

halt zu mehr als 80 Prozent aus den Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten – was dem Gedanken des Vertrags von Lissabon widerspricht, den die Mitgliedstaaten unterzeichnet haben und der vorsieht, dass der Haushalt vollständig aus Eigenmitteln finanziert wird. Wir können davon ausgehen, dass die Mitgliedstaaten mit der europaweiten Einfüh-

rung einer Finanztransaktionssteuer allein im Jahr 2020 rund 54 Milliarden Euro weniger an den EU-Haushalt abzuführen hätten. Konkret heißt das: Von 2014 an würden zwei Drittel der FTS-Einnahmen direkt dem EU-Haushalt zufließen und die Beiträge der Mitgliedstaaten würden um den entsprechenden Betrag gesenkt. Das verbleibende Drittel der Einnahmen würde direkt den einzelnen Staatskassen zufließen. Dadurch würden die Steuerzahler im kommenden Finanzplanungszeitraum in Milliardenhöhe entlastet.

Um es klar zu sagen: Von der Schaffung finanzieller Unabhängigkeit für die Kommission „über die Hintertür“ kann dabei keine Rede sein. Und zwar aus dem einfachen Grund, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zugunsten des EU-Haushalts von den Mitgliedstaaten beschlossen und von ihren Parlamenten ratifiziert werden muss.

Alles in allem ist die Rechnung doch ganz einfach: Wir schlagen vor, Finanztransaktionen geringfügig zu besteuern und damit die Mitgliedstaaten und ihre Bürger in Milliardenhöhe finanziell zu entlasten. Was an dieser Idee schlecht sein soll, kann ich wirklich nicht erkennen.

Janusz Lewandowski ist ein polnischer Ökonom und liberaler Politiker. Seit 2010 ist er EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt.